



Bundesverband der  
Lehrkräfte für Berufsbildung  
**Landesverband Berlin e. V.**

BvLB im dbb • Behrenstraße 23-24 • 10117 Berlin

Geschäftsstelle:  
BvLB im DBB  
Behrenstr. 23-24, 10117 Berlin  
Telefon: 030 – 4081 6650  
Telefax: 030 – 4081 6651

Berlin, 11.09.2021

## Pressemitteilung

### **BvLB Berlin lehnt Änderungen des Berliner Schulgesetzes ab**

#### **Mickmann: „Im Hauruckverfahren soll eine Schuldeform beschlossen werden!“**

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung Landesverband Berlin (BvLB Berlin) lehnt die vom Rot-Rot-Grünen Senat geplante „Beschlussfassung über das Vierte Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes“ kategorisch ab. *„Im Hauruckverfahren soll noch vor der Wahl am 26.09.2021 mit der aktuellen Mehrheit im Abgeordnetenhaus eine Schulreform beschlossen werden, die eine Schuldeform bedeutet“*, so Diplom-Handelslehrer Jens-Peter Mickmann, Pressesprecher des BvLB Berlin.

Aus Sicht des BvLB Berlin nimmt der aktuelle Senat die Lebenswirklichkeit an den Berliner Schulen nicht zur Kenntnis und setzt fulminant die falschen Schwerpunkte. Das Land Berlin belegt in nahezu sämtlichen Bildungsvergleichen einen der letzten beiden Plätze.

Für den BvLB bestehen die bildungspolitischen Berliner Herausforderungen in der Beseitigung des eklatanten Lehrermangels, der Entbürokratisierung des Schulalltages, Sprachförderung und einer deutlich ausgeweiteten Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Schulleitungen. *„Darüber hinaus fordern wir gebetsmühlenartig die Verbeamtung der Berliner Lehrkräfte. Mit diesem Schulgesetz duckt sich der derzeitige Senat vor seinen eigentlichen Aufgaben weg“*, stellt der stellvertretende Landesvorsitzende Mickmann ein zentrales Ziel des BvLB Berlin heraus.

Der BvLB Berlin lehnt die Bildung eines „mit der heißen Nadel“ konstruierten Klassenrates ab. Die schulorganisatorische Umsetzung ist zum aktuellen Zeitpunkt völlig ungeklärt. Ebenso stellt der BvLB Berlin die geänderten haushaltspolitischen Kompetenzen der Schulkonferenz infrage. Nahezu sämtliche haushalterischen Regelungen sind mit der Schulkonferenz zu diskutieren. Für den BvLB bedeutet dies ein Misstrauen gegenüber den Schulleitungen sowie absolut lange Entscheidungs- und Beschlusswege. Darüber hinaus schließt sich der BvLB Berlin ausdrücklich nicht der vom Rot-Rot-Grünen Senat in der Gesetzesvorlage gewünschten Stimmberechtigung von Erst- bis Sechstklässlern in Bezug auf Haushaltsangelegenheiten in der Schulkonferenz an.

*„Das Kerngeschäft einer Schule bildet der Unterricht. Die hierfür nötigen Ressourcen gehören in den Fokus der Bildungspolitik. Das lässt der aktuelle Senat akut vermissen. Die Diskussion über die Einführung von basisdemokratischen Elementen in der Schule lenkt von den eigentlichen Problemen im Berliner Schulsystem ab“*, bedauert Jens-Peter Mickmann die bildungspolitische Ausrichtung der Senatsbildungsverwaltung.

---

**Jens-Peter Mickmann**

stellv. Landesvorsitzender BvLB Landesverband Berlin

Pressesprecher